Zug will Zusatzsteuern verteilen

Überraschender Vorstoss zur Umsetzung der globalen Mindestbesteuerung für Grossfirmen

Der Kanton Zug muss für Grossfirmen die Gewinnsteuern deutlich erhöhen. URS FLUEELER / KEYSTONE

HANSUELI SCHÖCHLI

Nach dem Spiel ist vor dem Spiel. Diese Weisheit der Fussballer gilt auch für die Steuerpolitik. Das Volk hat erst vor gut einer Woche das Projekt zur Abschaffung der Sondersteuer auf neuem Eigenkapital von Firmen versenkt. Die nächsten Urnengänge zu Steuerfragen sind schon am Horizont. Im Herbst dürfte die Referendumsabstimmung zur Abschaffung der Verrechnungssteuer kommen. Und für das kommende Jahr ist eine Änderung der Bundesverfassung zwecks Umsetzung der geplanten globalen Regeln zur Besteuerung internationaler Grosskonzerne auf der Traktandenliste.

Der unter der Ägide des Ländervereins OECD diskutierte Globalstandard umfasst zum einen eine Umverteilung von den Sitzstaaten grosser Firmen in Richtung Absatzmärkte. Die Schweiz muss hier als kleiner Absatzmarkt und relativ wichtiger Sitzstaat mit gewissen Steuereinbussen rechnen. Treiber des geplanten Urnengangs zur Änderung der Bundesverfassung ist aber der zweite Kernpunkt der OECD-Diskussionen: die Einführung einer globalen Mindestbesteuerung von 15 Prozent des Firmengewinns für internationale Konzerne mit mindestens 750 Milliarden Euro Jahresumsatz. Dieser Schwellenwert gilt jeweils für jedes einzelne Land, in dem die betroffenen Konzerne steuerpflichtig sind.

Die meisten müssen aufschlagen

Die vorgesehene Steuerbasis ist anders definiert als die in der Schweiz derzeit geltende Basis zur Berechnung der steuerbaren Gewinne. Deshalb sind die Folgen der geplanten Reform noch nicht genau abschätzbar. In der Tendenz ist aber klar, dass viele Kantone für betroffene Firmen die Steuern erhöhen müssen. Im laufenden Jahr haben 18 von 26 Kantonen einen ordentlichen Gewinnsteuersatz unter 15 Prozent. Zudem könnte in einigen anderen Kantonen unter Berücksichtigung von Vergünstigungen die gesamte Steuerbelastung für gewisse Konzerne ebenfalls unter 15 Prozent liegen.

Der Bundesrat dürfte den konkreten Text zur geplanten Verfassungsänderung im März in die Vernehmlassung schicken. Die Verfassungsabstimmung soll eine schnellere Umsetzung ermöglichen und gleichzeitig eine saubere Rechtsgrundlage für den Eingriff in die Tarifautonomie der Kantone schaffen. Die Kantone sollen auch die Möglichkeit haben, ihre Steuerbelastung gezielt nur für die von der OECD-Reform betroffenen Grossfirmen zu erhöhen – so dass es keine Mehrbelastungen für Klein- und Mittelbetriebe gibt.

Laut groben Schätzungen könnten die nötigen Steuererhöhungen in den Kantonen insgesamt Mehrerträge bei den Gewinnsteuern von etwa 1,2 Milliarden Franken pro Jahr bringen – sofern die Mehrbelastungen nicht zu Investitionsrückgängen oder Verlagerungen führen. Die Kantone mit den derzeit tiefsten Belastungen können kurzfristig mit den prozentual grössten Zusatzerträgen rechnen. Die Frage ist, inwieweit der Fiskus diese Zusatzmittel für «flankierende Massnahmen» einsetzen will: zur Steigerung der Standortattraktivität zwecks Abfederung der Mehrbelastungen der Firmen.

Beim Bund sind nach derzeitigem Stand keine konkreten Massnahmen vorgesehen, aber die Kantone haben im Prinzip Spielräume. Das heisst: Die globale Mindestbesteuerung bremst zwar den internationalen und interkantonalen Standortwettbewerb in Sachen Gewinnsteuern, doch dieser Wettbewerb kann sich auf andere Gebiete verlagern – wie etwa Ansiedlungssubventionen, Forschungshilfen oder Steuersenkungen für natürliche Personen.

Unerwarteter Absender

Mit einer überraschenden Idee wartet nun der Zuger Finanzdirektor Heinz Tännler auf. In einem Brief von Mitte Januar an die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren schlug er vor, dass die Kantone, die wegen der OECD-Reform Zusatzsteuern einnehmen, während fünf Jahren einen Teil dieser Einnahmen sozialisieren – durch Einlage der Gelder in einen nationalen Fonds. Gemäss dem Vorschlag würden im ersten Jahr nach der Umsetzung der Reform die Hälfte der Zusatzerträge in diesen Fonds fliessen und dann jedes Jahr 10 Prozentpunkte weniger, bis man nach fünf Jahren bei null angelangt ist. «Nach fünf Jahren lässt sich kaum mehr sagen, welche Zusatzerträge die direkte Folge der OECD-Reform sind», sagte Tännler am Montag auf Anfrage.

Überraschend ist vor allem der Absender des Vorschlags: Zug dürfte einer jener Kantone sein, die prozentual und auch absolut mit kurzfristig besonders hohen Zusatzeinnahmen rechnen können und deshalb bei einer Sozialisierung dieser Einnahmen erhebliche Einbussen hätten. Wie aus dem Zuger Brief hervorgeht, soll der Vorschlag vor allem die politische Akzeptanz der kommenden Reform erhöhen. Wenn sich nur Kantone mit Zusatzeinnahmen Massnahmen zur Steigerung der Standortattraktivität erlauben könnten, könne dies «zu Unmut und Missstimmung zwischen den Kantonen führen und die Akzeptanz der Vorlage an der Urne gefährden».

Über fünf Jahre könnten laut grober Schätzung total vielleicht etwa 1,5 bis 2 Milliarden Franken in einen solchen Fonds fliessen. Die Mittel wären laut dem Vorschlag für Massnahmen zur Steigerung von Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit einzusetzen. Zu den genannten Stichworten zählen Innovation, Bildung und Forschung/Entwicklung. Die konkreten Massnahmen würden laut dem Vorschlag «von Bund und Kantonen gemeinsam evaluiert und zentral koordiniert».

Offene Ohren in Zürich

Auf offene Ohren stossen die Zuger mit ihrem Vorschlag im Kanton Zürich. Dieser hat schon jetzt eine ordentliche Gewinnsteuerbelastung von deutlich über 15 Prozent und kann deshalb aufgrund der OECD-Reform nicht mit grossen Zusatzeinnahmen rechnen. Der Zürcher Finanzdirektor Ernst Stocker bezeichnete den Zuger Vorstoss am Montag auf Anfrage als «konstruktiven Ansatz, um die Problematik anzugehen, vor der Kantone wie Zürich stehen». Eine definitive Stellungnahme von Zürich erfolge aber erst im Rahmen der vom Bund geplanten Vernehmlassung.

Nebst enger Beschränkung der finanziellen Spielräume muss Zürich im Kontext der OECD-Reform noch mit einem zweiten Problem rechnen: Als Folge der Reform dürfte sich laut Fachleuten das Umverteilungsvolumen im Finanzausgleich erhöhen, womit Geberkantone wie Zürich selbst ohne reformbedingte Zusatzeinnahmen mehr Geld einzahlen müssten. Bundesvertreter rechnen allerdings dem Vernehmen nach nicht mit grossen Wirkungen.

Zurück zum Kanton Zug. Selbst wenn ein Teil der erwarteten Zusatzmittel in einen zentralen Fonds und ein weiterer Teil in den Finanzausgleich abfliessen würde, bliebe ein erheblicher Rest übrig. Was will Zug damit machen? «Wir wollen aufgrund der OECD-Reform netto keine Zusatzeinnahmen generieren und deshalb die Mittel in die Standortstärkung investieren», betont Heinz Tännler. Die konkreten Massnahmen seien noch zu diskutieren. Bereits in Diskussion seien Steuervergünstigungen für natürliche Personen; dies geschehe formal unabhängig von der OECD-Reform, aber politisch vor dem Hintergrund der globalen Änderungen. Als weitere mögliche Stichworte für die Standortstärkung nennt Tännler Innovation, Forschung/Entwicklung – «und allenfalls auch Kinderkrippen».

> Der Kanton möchte während fünf Jahren einen Teil der Einnahmen in einen nationalen Fonds einzahlen.

SCHWARZ UND WIRZ

Der Kipppunkt der Demokratie

GERHARD SCHWARZ

Der Ruf der Demokratie war schon besser. Da ist die Enttäuschung darüber, dass jemand wie Donald Trump die Präsidentschaft der wichtigsten Demokratie der Welt erringen konnte. Da ist angesichts der Erfolge von Ländern wie China die Verlockung der «autoritären Technokratie» (Ian Buruma); ihr erliegen wegen der vermeintlichen Stabilität des Modells nicht zuletzt Unternehmer. Und da ist die Ungeduld jener, die finden, die Demokratie zeige beim Klimawandel, beim Flüchtlingsproblem oder zuletzt in der Pandemie ihre Unfähigkeit, mit grossen Herausforderungen umzugehen.

In einer Mischung aus mangelndem Respekt für die Volksmeinung und zu hohen Erwartungen läuft diese Kritik letztlich auf den Wunsch nach weniger Demokratie hinaus. Daneben gibt es eine aus liberaler Sicht ebenso problematische gegenläufige Tendenz, nämlich eine Überhöhung der Demokratie. Sie zeigt sich im Ruf nach mehr Demokratie in allen möglichen Bereichen der Gesellschaft, etwa in den Unternehmen, und vor allem im Hang der Politik, überall bis ins Detail demokratisch hineinzuregieren – und das möglichst zentral.

Dabei geht vergessen, dass demokratische Entscheide zwar denen eines Diktators vorzuziehen sind, aber nicht den Entscheiden jedes Einzelnen für sich selbst. Jenen, die die Demokratie betonen, geht es um die Frage, wer den Staat lenken soll und damit Macht ausüben kann. Den Liberalen geht es dagegen um die Beschränkung jedes Staates, auch des demokratischen, damit dieser die Freiheit der Individuen nicht zu sehr bedrängt, denn die Demokratie, auch die halbdirekte, führt nicht automatisch zu einem schlanken Staat, der die Freiheit möglichst unversehrt belässt. Eine Überdosis kann die individuelle Freiheit sogar gefährden.

Unter Umständen kann eine Mehrheit die Freiheit einer Minderheit massiv beschneiden, und weil sie das «demokratisch» tut, gibt das solchen Entscheiden zulasten von Minderheiten – ob Reiche, Muslime oder Zweitwohnungsbesitzer – vermeintlich einen höheren moralischen Wert.

Es gibt einen Kipppunkt, ab dem die Demokratie stark dazu tendiert, den Staat auszuweiten und die Leistungsträger zu belasten, statt die Freiheit aller zu sichern. Er ist erreicht, wenn eine Mehrheit der Stimmberechtigten mehr vom Staat erhält, als sie in Form von Steuern und Abgaben bezahlt. Dazu zählen alle, die beim Staat arbeiten, alle, die Sozialhilfe erhalten, aber auch eine grosse Mehrheit jener, die in städtischen Wohnungen keine Marktmieten bezahlen, von einkommensabhängigen Kita-Tarifen profitieren oder stark verbilligte Studiengebühren bezahlen, um nur einige Beispiele zu nennen. Weniger sichtbare staatliche Begünstigungen wie der öffentliche Verkehr kommen dazu.

Die Schweiz dürfte diesen Kipppunkt in den grossen Städten längst überschritten haben. Auch auf nationaler Ebene bewegt sie sich auf ihn zu, bezahlen doch die untersten 40 Prozent der Haushalte nur rund 17 Prozent der Steuern und Sozialabgaben. Liberale Politik sollte sich im Interesse der Freiheit um institutionelle Sicherungen bemühen, die verhindern, dass dieser Kipppunkt überschritten wird.

Gerhard Schwarz ist Präsident der Progress Foundation.

IN KÜRZE

BP nimmt Produktion von Bio-Flugbenzin auf

(dpa) · Der britische Mineralöl- und Energiekonzern BP stellt im Emsland jetzt Flugzeugsprit mit geringen Anteilen aus Speisefettresten her. Die Biorohstoffe stammen aus Kantinen und Gastronomiebetrieben. Es geht um gebrauchte und übrig gebliebene Fette und Öle, zum Beispiel aus Fritteusen, Kochrückständen sowie Biomasse-Abfällen, wie ein Sprecher erklärte. Am Montag gibt BP den Produktionsbeginn in der Raffinerie in Lingen bekannt. Nach Angaben des Unternehmens ist es die erste Anlage dieser Art in Deutschland, mit der sich industriell verwertbare Mengen erzeugen lassen. Die verwendeten Fette und Öle sind meist pflanzlichen, teilweise auch tierischen Ursprungs. Sie werden in einem geschlossenen Verfahren bis zum zulässigen Anteil von 5 Prozent mit den Rohöl-Kohlenwasserstoffen für das normale Kerosin kombiniert. Bei der späteren Verbrennung ist der CO_2-Ausstoss des Biokerosins zwar ähnlich wie im Fall rein fossilen Flugbenzins – weil die Fettkomponenten schon zuvor im Stoffkreislauf waren, soll die Gesamtklimabilanz aber besser sein.

Inflation im Euro-Raum von 3,8 Prozent erwartet

(dpa) · Finanzexperten prognostizieren für dieses Jahr eine Jahresinflationsrate von 3,8 Prozent, wie aus einer Befragung des Mannheimer Forschungsinstituts ZEW hervorgeht. Haupttreiber sind aus ihrer Sicht steigende Energiepreise, knappe Rohstoffe sowie Versorgungsengpässe im Zuge der weltweiten Konjunkturerholung nach der Corona-Krise. «Weitgehend unabhängig von der Pandemie ist der Einfluss der grünen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, die ebenfalls als grosse inflationäre Kraft gesehen wird», erläuterte der ZEW-Experte Frank Brückbauer.

Icahn macht auf McDonald's Druck wegen Tierschutzes

(Bloomberg) · Das Investment-Urgestein Carl Icahn macht gegenüber der Hamburger-Kette McDonald's seine Drohung wahr, den Tierschutz in der Lieferkette über Änderungen im Verwaltungsrat stärken zu wollen. Icahn kritisiert bei den Schweinefleisch-Zulieferern von McDonald's insbesondere die Haltung schwangerer Sauen in zu kleinen Boxen. Die Tiere können sich darin weder bewegen noch hinlegen. McDonalds's teilte am Sonntag mit, dass bis 2024 sämtliches Schweinefleisch von Sauen stammen solle, die in Gruppen gehalten würden.